IALANA RUNDBRIEF

Nr. 1
März 2010

Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen
Für gewaltfreie Friedensgestaltung
Deutsche Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA)

Berlin / Marburg, 2. März 2010

VORSTAND:
Vorsitzender:
Dr. Peter Becker
Rechtsanwalt und Notar, Marburg
Wolfgang Alban
Richter, Berlin
Jenny Becker, Berlin
Dr. Philipp Boos
Rechtsanwalt, Berlin
Robin Borrmann, Frankfurt/Oder
Tomislav Chagall, Marburg
Carlos Foth†
Staatsanwalt a. D., Berlin
Dr. Hubertus Graf Grote
Richter i. R., Rosche
Bernd Hahnfeld
Richter i. R., Köln
Otto Jäckel
Rechtsanwalt, Wiesbaden
Imke Kügele, Bonn
Volker Lindemann
Richter i. R., Schleswig
Björn Rohde-Liebenau
Rechtsanwalt, Hamburg
Ursel Reich, Konstanz
Michael Rützel
Rechtsanwalt, Frankfurt
Eckart Stevens-Bartol
Richter i. R., München
Helga Wullweber
Rechtsanwältin, Berlin

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT:
Prof. Dr. Michael Bothe, Frankfurt
Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Bremen
Dr. Dieter Deiseroth, Leipzig
Bundesverwaltungsrichter
Prof. Dr. Erhard Denninger, Frankfurt
Dipl.-Pol. Annegret Falter, Berlin
Dr. Dietrich Franke, Leipzig
Bundesverwaltungsrichter i. R.
Prof. Dr. Manfred Mohr
Völkerrechtler, Berlin
Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg
Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter, Gießen
Dr. Hermann Scheer MdB, Remagen
Dr. Dr. Helmut Simon, Ettlingen
Bundesverfassungsrichter a. D.
Hans-Christof von Sponeck, Müllheim
Beigeordneter des VN-Generalsekretärs
Prof. Dr. Herbert Wulf, Pinneberg

GESCHÄFTSFÜHRER:
Reiner Braun, Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen wenige Wochen vor einer möglicherweise historischen Konferenz über Atomwaffen: der **Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag** (NPT) im Mai 2010 in New York. In dem von uns miterarbeiteten „Aufruf aus der Zivilgesellschaft" heißt es dazu:

„Auf der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages im Mai 2010 in New York müssen Maßnahmen zur atomaren Abrüstung festgelegt werden. Die bereits von der NPT-Konferenz im Jahr 2000 - vor der Bush-Ära - beschlossenen praktischen Schritte zur nuklearen Abrüstung, auch der Vertrag über ein umfassendes Atomtestverbot, müssen endlich verwirklicht werden. Sonst verliert der NPT-Vertrag seinen Sinn. Wenn die NPT-Konferenz scheitert, wäre der Weg offen für ein ungehemmtes atomares Wettrüsten mit immer mehr Atomwaffenstaaten. Die einzige Alternative heißt: eine Welt ohne Atomwaffen."

Unter diesem Aufruf werden bis zur NPT-Konferenz Unterschriften gesammelt und diese am 3. Mai an den UN-Generalsekretär in New York als weltweite Stimmen aus der Friedensbewegung für die Abschaffung aller Atomwaffen übergeben. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie sich dem Aufruf mit ihrer Unterschrift (online: www.npt2010.de) anschließen könnten und vielleicht mithelfen würden, weitere Unterschriften zu sammeln. Eine Liste liegt dem Rundbrief bei.
Die IALANA ist sowohl an den nationalen als auch an den internationalen Aktivitäten vor und währen der Konferenz intensiv beteiligt. Wir dokumentieren sie in diesem Rundbrief.

Außerdem laden wir Sie herzlich ein zur **Mitgliederversammlung der IALANA am Samstag, dem 24. April 2010, ab 9.30 Uhr**, mit vorheriger Führung im Atombunker in Ahrweiler (südlich von Bonn an der Ahr) sowie am Vorabend, am **Freitag, den 23. April 2010, 19.30 Uhr, in Ahrweiler** zu einer öffentlichen Veranstaltung mit dem früheren Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Willy Wimmer (CDU) und weiteren prominenten Diskutanten zum Thema „Brauchen wir die nukleare Abschreckung?".

Vielleicht werden Sie sich fragen, warum sich die IALANA ausgerechnet in Ahrweiler trifft: Tief unter den Weinbergen bei Ahrweiler war bis vor wenigen Jahren der Atombunker der Bundesregierung. Dieser ist heute eine interessante Dokumentationsstätte, die wir – in Kooperation mit der Museumsleitung – als Ort der kritischen

Präsident der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms:
Christopher Gregory Weeramantry
Vizepräsident des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag i. R.
Träger des Alternativen Nobelpreises 2007

Geschäftsstelle:
Schützenstraße 6a
10117 Berlin
Tel.: (030) 20654857
Fax: (030) 20654858

E-Mail: info@ialana.de
Homepage:
www.ialana.de

Bankverbindung:
Konto-Nr. 1000 668 083
BLZ 533 500 00
Sparkasse Marburg-Biedenkopf

Büro Marburg
Wilhelm-Roser-Straße 25
35037 Marburg
Postfach 1169
35001 Marburg

Als gemeinnützig anerkannt durch Bescheide des Finanzamtes vom 21.2.90, 8.9.93, 26.2.97, 19.07.02 u. 15.11.05, St.-Nr. 3125006329.

Reflexion nutzen wollen. Außerdem planen wir für den Freitagvormittag Auftritte in Schulen in Ahrweiler.

Wir hoffen, auch Sie bei der öffentlichen Veranstaltung am Freitagabend, sowie am Samstagvormittag bei der Besichtigung des ehemaligen Regierungsbunkers (nebst Vorführung des Films „Die heißesten Momente des Kalten Krieges") und der Mitgliederversammlung begrüßen zu können. Wir helfen gerne, preiswerte Übernachtungsmöglichkeiten (Freitag / Samstag) zu organisieren. Bitte prüfen Sie, ob Sie dieses Mal teilnehmen können. Mitgliederversammlungen sind auch immer ein Einschnitt in der Arbeit der IALANA. Sie entwickeln neue Projekte und Schwerpunkte. Sie wählen auch den neuen Vorstand der IALANA! Die Tagesordnung finden Sie anbei.

Besonders freuen wir uns, Ihnen mit diesem Rundbrief das vor kurzem im Buchhandel erschienene Dokumentationsbuch „Whistleblower in der Steuerfahndung" zur Verleihung des Whistleblower-Preises 2009 überreichen zu können. Wie Sie sicher in den Medien haben verfolgen können, hat unsere im Mai letzten Jahres in der Ev. Akademie in Bad Boll erfolgte Preisverleihung an Rudolf Schmenger und Frank Wehrheim nicht nur ein großes und nachhaltiges publizistisches Echo gefunden. Die wichtige Bedeutung von Whistleblowern rückt mehr und mehr ins öffentliche Blickfeld. Der Hessische Landtag hat zwischenzeitlich einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Wiesbaden eingesetzt, der die skandalösen Vorgänge um die Zwangspensionierungen der Whistleblower aufklären soll. Mit dieser Preisverleihung haben die VDW und die IALANA, die den Whistleblower-Preis im Jahre 1999 gestiftet haben, wirklich eine gesellschaftliche Debatte mit angestoßen und mit geprägt. Schauen Sie doch bei Gelegenheit auch mal in unsere Homepage (www.ialana.de). Dort finden Sie interessante Informationen zu unseren Preisverleihungen und den Preisträgern seit 1999 sowie zum Thema „Verifikation durch die Zivilgesellschaft (Societal Verification)", das die besondere Bedeutung des Whistleblowings speziell für die zentralen Arbeitsfelder der IALANA beschreibt.

Leider müssen wir zum Schluss dieses aktionsorientierten Rundbriefs auf das leidige Thema Finanzen zurückkommen. Die IALANA „leidet" unter einem strukturellen Defizit, d.h. unsere Ausgaben sind bei aller Sparsamkeit höher als die Mittel, die wir durch die Mitgliedsbeiträge erhalten. Dieses Defizit kann nur durch Spenden ausgeglichen werden. Auch Spenden von 10,- oder 20,- Euro helfen uns sehr. Wir möchten uns bei allen Spenderinnen und Spendern bedanken, die uns nach dem letzten Rundbrief im Dezember unterstützt haben. Vielen herzlichen Dank. Das Aufkommen war sehr beachtlich. Insgesamt konnten wir so im Jahr 2009 über einen Etat von fast 60.000 EUR verfügen (doppelt so hoch wie üblich), mit dem wir insbesondere unsere Konferenz „Frieden durch Recht?" Ende Juni in der Humboldt-Universität zu Berlin und das Board-Meeting der Internationalen IALANA in Berlin bestritten haben. Unsere internationalen Freunde waren sehr beeindruckt; sie haben einstimmig beschlossen, die Geschäftsstelle der Internationalen IALANA nach Berlin zu verlegen.

Die Spenden, um die wir Sie hiermit bitten, dienen aktuell insbesondere der Finanzierung unseres Buches „Frieden durch Recht?", in dem wir die interessanten und unsere künftige Arbeit prägenden Vorträge unserer Berliner Konferenz dokumentieren werden. Es liegen jetzt praktisch alle Beiträge vor; das Buch befindet sich im Satz. Ihre Mitgliedsbeiträge und Ihre Spenden für die wir jeweils Spendenquittungen ausstellen, sind der Garant dafür, dass wir unsere Aktivitäten auf dem inhaltlichen Niveau fortsetzen können, das uns zu einer der wichtigsten Stimmen in der Friedensbewegung gemacht hat. Darauf können auch Sie stolz sein.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Becker Reiner Braun

Inhalt

Editorial 1

Wenn der Staatssekretär schreit
Matthias Thieme 3

Buch „Whistleblower in der Steuerfahndung" 4

Mitgliederversammlung der IALANA 4

Appell „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen" 5

Unterstützung des Appells durch die SPD 8

Pressemitteilung
UN non-proliferation treaty review conference 9

The event program of IALANA/ INES during the NPT Conference 10

Internationaler Kongress in Essen für eine atomwaffenfreie Zukunft 11

Buchankündigung „Frieden durch Recht" 11

Workshop: „Auf dem Weg zur Ächtung von Uranwaffen" 12

INES Statement zu Afghanistan 13

Friedenskundgebung in Berlin 14

Wenn der Staatssekretär schreit

von Matthias Thieme

Vorhang auf zum kleinen Vorab-Fernseh-Untersuchungsausschuss, dem Stadtgespräch des Hessischen Rundfunks (HR): Da stehen sie alle im Scheinwerferlicht des Studios: Der Anwalt der Steuerfahnder, Otto Jäckel, der SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Schmitt, der Personalrat des Finanzamtes Frankfurt 1, Andreas Just und der Staatssekretär des Finanzministeriums, Thomas Schäfer. Es wird eine überraschend spannende Dreiviertelstunde zu einem sehr sperrigen Thema: Finanzverwaltung, Beamtenrecht, Steuerhinterziehung, Mobbing und Politik.

HR-Chefredakteur Alois Theisen kommt zunächst auf die umstrittene Amtsverfügung zu sprechen, die es aus Sicht der Steuerfahnder unmöglich machte, große Steuerhinterziehung in Hessen wirksam zu verfolgen. Ob das denn so schlimm für die Fahnder gewesen sei, will der Chefredakteur wissen. "Wenn wir im HR eine Organisationsänderung machen, gibt es auch immer viele Proteste." Hoffentlich aber keine Zwangsverschickung zum Psychiater wie bei den Fahndern, möchte man hoffen.

Sofort wird klar, dass bei den Beteiligten immer noch erhebliche Meinungsunterschiede darüber bestehen, ob große Steuersünder in Hessen geschont wurden, oder nicht. Während der Staatssekretär "in der Sache" und im Verlauf der Sendung auch in allen weiteren Fragen "alles völlig richtig" findet, was die Finanzverwaltung jemals gemacht hat, beharrt SPD-Abgeordneter Schmitt darauf, dass bei den Verfahren gegen Großbanken "nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein kann".

Auch Anwalt Jäckel spricht davon, dass die Verfolgung von Großsteuerhinterziehung von der Verwaltung "abgedrosselt" worden sei und 50 Fahnder abgezogen und der Rest mit Disziplinarmaßnahmen überzogen worden sei. Zudem glaube er Finanzminister Weimars Geschichten nicht, wonach es nur um Rentner mit geringen Beträgen ging, so Jäckel.

Hätte der Personalrat die Fahnder da nicht schützen müssen, fragt HR-Chef Theisen und erlebt eine Überraschung: Studiogast und Personalrat Andreas Just will nichts mehr sagen. Just, der sich im Sommer noch mit forschen Verteidigungsreden zugunsten des Finanzministers in die öffentliche Debatte eingeschaltet hatte.

Nun ist Just im Fernsehen. Alle können ihn sehen, doch er traut sich nicht mehr. "Herr Theisen, dazu kann ich nichts sagen, weil ich nicht zuständig bin, das hatte ich Ihnen im Vorgespräch gesagt", wendet sich der Beamte kleinlaut an den Chefredakteur. "Dann können wir ja aufhören, dann muss ich Sie ja gar nichts mehr fragen", grummelt Theisen genervt. Der Personalrat habe "im Vorgespräch aber mehr gesagt", legt Theisen noch nach. Dies seien aber nur Geschichten "vom Hörensagen" gewesen, sagt Just und macht die Sache immer schlimmer.

Es scheint als hätte der sonst oft als konservativer Haudegen gescholtene HR-Chef Theisen nun Blut geleckt. Er bringt die nächste kritische Frage: "Sie sind doch mit der FDP in der Regierung", pirschte sich Theisen an Staatssekretär Schäfer heran. Was denn der Staatssekretär dazu sage, dass FDP-Politiker Roland von Hunnius von Mobbing bei den Fahndern spreche? Die Antwort Schäfers kommt so prompt wie plump: "Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass es Mobbing gegeben hat."

Als der SPD-Politiker Schmitt von systematischem Mobbing gegen diese vier Fahnder spricht und die psychiatrische Falschbegutachtung mit Zuständen wie aus Unrechtsstaaten vergleicht, rastet Weimars Staatssekretär aus. "Das lasse ich ihnen nicht durchgehen", schreit Schäfer. Hessischen Beamten so etwas zu unterstellen, schreit er, das gehe nicht, die hätten einen Amtseid geleistet, ihnen Illegales zu unterstellen sei unglaublich.

Doch genau das ist das Problem: Es ist denkbar und es gibt viele Anhaltspunkte dafür, dass Hessische Beamte, sogar Minister rechtswidrig gehandelt haben könnten als sie es zuließen oder mit entschieden, dass vier Steuerfahnder mit vorsätzlich falschen Gutachten als lebenslang paranoid eingestuft werden, um sie loszuwerden. Dass bereits der Staatssekretär so nervös ist, lässt Rückschlüsse zu auf den Aggregatzustand des Finanzministers.

"Es sind mehr Fragen offen als wir beantworten konnten", schließt HR-Chef Theisen die Runde. Der kleine HR-Fernseh-Untersuchungsausschuss ist zu Ende - der parlamentarische Ausschuss soll seine Arbeit in etwa zwei Wochen aufnehmen.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 01.03.2010)

Buchbestellung

Whistleblower in der Steuerfahndung
Preisverleihung 2009

Dieter Deiseroth, Annegret Falter (Hrsg.)

Berliner Wissenschafts-Verlag, 1. Auflage (26.01.2010)
149 Seiten, UVP EUR 14,80
ISBN-10: 3830517564

Bestellen Sie dieses Buch zu einem Vorzugspreis von EUR 12,00. Gerne nehmen wir Ihre Bestellung unter info@ialana.de entgegen.

Ankündigung:

Öffentliche Veranstaltung zur Geschichte und Aktualität der Atomwaffen

Mitgliederversammlung der IALANA

am 23.- 24.04.2010

in Ahrweiler

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Flyer oder wenden sich an:
IALANA
Schützenstr. 6a
10117 Berlin
Tel.: 030- 20654857
E-Mail: info@ialana.de

Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!

Mutige Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt sind jetzt möglich und notwendig. Mit dem Bekenntnis des amerikanischen Präsidenten Obama in Prag zu einer Welt ohne Atomwaffen gibt es heute die einmalige Chance, die Atomwaffenstaaten auf konkrete Schritte zur atomaren Abrüstung zu verpflichten. Im fünfundsechzigsten Jahr nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki entspricht Obamas Abrüstungsappell den Friedenswünschen der Menschen.

Die deutsche Bundesregierung bekennt sich im Koalitionsvertrag zur atomaren Abrüstung. Sie muss jetzt Taten folgen lassen für ein atomwaffenfreies Deutschland, für eine atomwaffenfreie Welt.

Auf der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages* im Mai 2010 in New York müssen Maßnahmen zur atomaren Abrüstung festgelegt werden. Die bereits von der NPT - Konferenz im Jahr 2000 — vor der Bush-Ära — beschlossenen praktischen Schritte zur nuklearen Abrüstung, auch der Vertrag über ein umfassendes Atomtestverbot, müssen endlich verwirklicht werden. Sonst verliert der NPT - Vertrag seinen Sinn. Wenn die NPT - Konferenz scheitert, wäre der Weg offen für ein ungehemmtes atomares Wettrüsten mit immer mehr Atomwaffenstaaten.

Die einzige Alternative heißt: eine Welt ohne Atomwaffen.

Die Bundesregierung kann und muss zum Erfolg der NPT - Überprüfungskonferenz erheblich beitragen. Wir fordern von der Bundesregierung:

- Abzug der letzten US - Atomwaffen aus Deutschland,
- Stopp aller Modernisierungspläne für Atomwaffen und ihre Trägermittel,
- Nein zu Atomwaffen in der neuen NATO-Strategie,
- Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen,
- Sicherheitsgarantien der Atomwaffenmächte gegenüber allen Nicht – Atomwaffenstaaten und atomwaffenfreien Zonen.

Wir erwarten von der Bundesregierung und den Regierungen der NATO - Länder, sich mit Nachdruck für den frühestmöglichen Beginn von Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention zur Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen, wie dies in der UN-Generalversammlung vorgeschlagen wurde.

Den Worten müssen Taten folgen, die Zeit ist reif für mutige Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt!

**Der Nichtverbreitungs- oder Atomwaffensperrvertrag (deutsch: NVV = Nicht-Verbreitungs-Vertrag oder englisch NPT= Non Proliferation Treaty) hat 189 Vertragsstaaten und gilt seit 1995 unbefristet; er soll die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern und verpflichtet die Atomwaffenstaaten auf die Abrüstung ihrer Atomwaffen.*

Berlin, den 21.12.2009

Erstunterzeichner:

Name	**E-Mail**	**Unterschrift**

Erstunterzeichner

Aus den Gewerkschaften

- Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Union Network International MEI
- Frank Bsirske, ver.di
- Annelie Buntenbach, Deutscher Gewerkschaftsbund
- Hartmut Meine, IG Metall
- Franz-Josef Möllenberg, Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten
- Horst Schmitthenner, IG Metall
- Helga Schwitzer, IG Metall
- Reinhard Schwitzer, IG Metall
- Ulrich Thöne, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Dr. Hans-Jürgen Urban, IG Metall
- Sebastian Wertmüller, Gewerkschaftssekretär

Aus den Kirchen

- Bischof Hans-Jürgen Abromeit
- Bischof Heinz Josef Algermissen, Präsident pax christi Deutsche Sektion
- Renke Brahms, Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche Deutschland
- Karin Kortmann, Vizepräsidentin Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Personen aus der Umweltbewegung

- Dr. Sebastian Pflugbeil, Minister a.D., Gesellschaft für Strahlenschutz
- Prof. Hartmut Vogtmann, stellv. Vorsitzender des Deutschen Naturschutzrings
- Prof. Hubert Weiger, Vorsitzender BUND und Bund Naturschutz Bayern
- Hubert Weinzierl, Präsident Deutscher Naturschutzring

Aus der Wissenschaft

- Prof. Ulrich Bartosch, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler
- Prof. Ulrike Beisiegel, Mitglied des Wissenschaftsrates
- Prof. Paul Crutzen, Nobelpreisträger Chemie
- Prof. Hans-Peter Dürr, Alternativer Nobelpreis
- Prof. Hartmut Graßl, ehemaliger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
- Prof. Martin Kalinowski, Carl-Friedrich von Weizsäcker Zentrum, Universität Hamburg
- Dr. Dr. h.c. Jürgen Lüthje, ehemaliger Präsident der Universität Hamburg
- Prof. Norman Paech
- Prof. Jürgen Scheffran, Universität Hamburg
- Prof. Jack Steinberger, Nobelpreisträger Physik
- Prof. Ernst-Ulrich von Weizsäcker

Aus der Friedensforschung

- PD Dr. Johannes M. Becker, VS Arbeitskreis Marburger WissenschaftlerInnen für Friedens- und Abrüstungsforschung
- Peter Croll, Direktor Bonn International Center for Conversion
- Dr. des. Christiane Fröhlich, FEST e.V. Heidelberg
- Dr. Wolfgang Liebert, IANUS, Technische Universität Darmstadt
- Prof. Volker Rittberger, Universität Tübingen
- Dr. Annette Schaper, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
- Prof. Dieter Senghas, Universität Bremen
- Dr. Hans-Joachim Schmidt, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
- Prof. Herbert Wulf, vormals Direktor des Bonn International Center for Conversion
- Dr. Wolfgang Zellner, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg

BürgermeisterInnen für den Frieden

- Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin Lichtenberg - Mitglied von Mayers for Peace
- Fred Fischer, Bürgermeister Perleberg
- Jann Jakobs, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
- Kathy Kietzer, Kieler Stadtpräsidentin
- Jürgen Roters, Oberbürgermeister Köln
- Peter Schüler, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
- Peter Seyfried, Bürgermeister Mutlangen
- Christian Ude, Oberbürgermeister München
- Stephan Weil, Oberbürgermeister Hannover und Vizepräsident der Mayors for Peace

Kulturschaffende

- Pepe Danquart, Regisseur und Professor an der Hochschule für bildende Künste Hamburg
- Günter Grass, Literaturnobelpreisträger
- Nina Hagen
- Dieter Harnitzsch, Karikaturist, Journalist und Autor
- Sebastian Krumbiegel, Musiker
- Ina Paule Klink, Schauspielerin
- Peter Maffay
- Ursela Monn, Schauspielerin

- Prof. Dr. Michael Schneider, Schriftsteller
- Friedrich Schorlemmer, Schriftsteller
- Peter Sodann, Schauspieler
- Prof. Klaus Staeck, Graphiker
- Ole Tillmann, Moderator und Schauspieler
- Konstantin Wecker
- Elenore Weisgerber, Schauspielerin
- Roger Willemsen

Personen aus der Friedensbewegung

- Dr. Peter Becker, IALANA
- Hugo Braun, Mitglied Attac Koordinierungskreis
- Reiner Braun, IALANA
- Prof. Andreas Buro, Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Ute Finckh, Bund für soziale Verteidigung
- Uwe Fröhlich, Vorsitzender des Hiroshima-Platz-Potsdam e.V.
- Jan Gildemeister, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
- Kristian Golla, Netzwerk Friedenskooperative
- Prof. Ulrich Gottstein, IPPNW
- Irmgard Heilberger, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
- Christine Hoffmann, pax Christi
- Dr. Elke Koller, Internationaler Versöhnungsbund
- Jan-Thilo Klimisch, stellvertretender Vorsitzender von EIRENE Internationaler christlicher Friedensdienst
- Angela König, Geschäftsführerin von EIRENE - Internationaler christlicher Friedensdienst
- Prof. Ekkehart Krippendorff, Freie Universität Berlin
- Mira Lorant, Kooperation für den Frieden
- Ruth Misselwitz, Vorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
- Prof. Wolfgang Popp, Universität Siegen
- Prof. Horst Eberhard Richter, IPPNW
- Prof. Werner Ruf, Bundesausschuss Friedensratschlag
- Monty Schädel, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
- Dr. Peter Strutynski, Universität Kassel

UnterzeichnerInnen aus der Zivilgesellschaft

- Volkmar Deile, Amnesty International Generalsekretär 1990-99
- Thomas Gebauer, medico international
- Felicia Langer, Alternative Nobelpreisträgerin
- Monika Schierenberg, EcoMujer
- Dr. Jakob von Uexküll, World Future Council

Initiativen und Organisationen wie z.B.

- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
- Attac Deutschland
- Bundesausschuss Friedensratschlag
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
- EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst
- genanet
- Initiativkreis gegen Atomwaffen
- Internationaler Versöhnungsbund
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Kooperation für den Frieden
- Pädagogen und Pädagoginnen für den Frieden

Aus Parlament und Politik

- Jan van Aken, MdB Die Linke
- Gerhart Baum
- Gernot Erler, MdB SPD
- Sigmar Gabriel, MdB SPD
- Wolfgang Gehrcke, MdB Die Linke
- Burkhard Hirsch
- Katja Keul, MdB Bündnis 90 / Die Grünen
- Renate Künast, MdB Bündnis 90 / Die Grünen
- Agnes Malczak, MdB Bündnis 90 / Die Grünen
- Dr. Rolf Mützenich, MdB SPD
- Paul Schäfer, MdB Die Linke
- Uta Zapf, MdB SPD

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen zur Verfügung unter: www.npt2010.de

Hier können Sie sich in unsere **Unterschriftenliste** zum Appell **"Für eine Zukunft ohne Atomwaffen"** eintragen.

55 Cent, die sich lohnen!

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Unterschrift

IALANA
Schützenstr. 6a
10117 Berlin

Zur Unterstützung des Appells ergänzen Sie bitte Ihre Angaben und schicken die Karte per **Post, Fax (030-20654858)** oder **E-Mail (npt@ialana.de)** an die IALANA zurück.

Gerne können Sie den Appell auch online unterschreiben unter: **www.npt2010.de**

Dieser Dienst darf nicht für Spamming oder kommerzielle Zwecke genutzt werden. Bitte beachten Sie, dass Ihre eingetragenen Daten gespeichert werden. Die Daten werden nicht an Dritte weitergegeben und nicht für andere Zwecke genutzt.

15.02.2010 | 075/10

Die SPD unterstützt die Kampagne "Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!"

Zu der Kampagne für eine atomwaffenfreie Welt hat das **Präsidium der SPD** *folgenden Beschluss gefasst:*

Das Jahr 2010 ist für die nukleare Abrüstung von entscheidender Bedeutung. Bis zur New Yorker Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags (NPT) im Mai 2010 müssen die Atommächte zeigen, dass sie ihre vertragliche Verpflichtung zur atomaren Abrüstung ernst nehmen. Es gilt, die unkontrollierte Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern.
Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen und unterstützen das weltweit wachsende Engagement für nukleare Abrüstung. Besonders sind wir Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Hans-Dietrich Genscher und Egon Bahr dankbar, dass sie die Initiative zu einer deutschen Gruppe von Elder Statesmen für eine atomwaffenfreie Welt bereits Anfang 2009 ergriffen haben. Inzwischen haben sich in sieben europäischen Ländern solche Gruppen gebildet, um - gemeinsam mit der amerikanischen Gruppe um Henry Kissinger - die Öffentlichkeit wachzurütteln.

Wir begrüßen auch die Initiativen der Zivilgesellschaft, die drängenden Forderungen nach atomarer Abrüstung voranzutreiben. Weltweit haben Gruppen der Friedensbewegung Unterschriftenkampagnen zur Rettung des Atomwaffensperrvertrages durch ernsthafte Abrüstungsschritte ins Leben gerufen.

Die deutsche Friedensbewegung hat mit ihrem Aufruf „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!" konkrete Forderungen an die Bundesregierung gestellt, um die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Mai 2010 zum Erfolg zu bringen. Sie fordert u.a. den Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland, den Stopp aller Modernisierungspläne für Atomwaffen und ihre Trägermittel, den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und Sicherheitsgarantien der Atomwaffenmächte gegenüber allen Nicht–Atomwaffenstaaten und atomwaffenfreien Zonen.

Die SPD begrüßt und unterstützt diese Kampagne der Friedensbewegung. Wir rufen die Gliederungen der SPD auf, für atomare Abrüstung zu streiten und zu mobilisieren. Gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen können wir einen wichtigen Beitrag zum Stopp des Wettrüstens und zum wirklichen Ende des Kalten Krieges leisten.

SPD-Führung unterzeichnet den Aufruf der Friedensbewegung „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!"

Zur Unterstützung des Aufrufs „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!" teilt der Pressesprecher der SPD, Tobias Dünow, heute mit:

Führende Vertreter der Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft, Kommunen, Kunst und Kultur haben die Unterschriftenkampagne „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!" ins Leben gerufen.

Heute haben der SPD-Parteivorsitzende **Sigmar Gabriel**, der Fraktionsvorsitzende **Frank-Walter Steinmeier**, die Generalsekretärin **Andrea Nahles**, die stellvertretende Parteivorsitzende **Hannelore Kraft** und das für Außen- und Europapolitik zuständige Präsidiumsmitglied **Martin Schulz** den Aufruf unterschrieben.

Die SPD-Führung unterstützt die Forderungen nach der Beseitigung aller Atomwaffen weltweit und nach konkreten Abrüstungsschritten, um zur Rettung des Atomwaffensperrvertrages (NPT) auf der NPT-Überprüfungskonferenz im Mai beizutragen.

Der Abzug der letzten Atomwaffen von deutschem Boden, der Stopp aller Modernisierungspläne für Atomwaffen und ihre Trägermittel, der Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen sowie Sicherheitsgarantien der Atomwaffenmächte gegenüber allen Nicht-Atomwaffenstaaten und atomwaffenfreien Zonen wären wichtige vertrauensbildende Schritte für die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages.

Ein Scheitern der Konferenz könnte dramatische Folgen haben und zu einem ungehemmten atomaren Wettrüsten mit immer mehr Atomwaffenstaaten führen.

Pressemitteilung

February 15, 2010

International Coalition of over 250 Groups Launches Campaign Calling on Obama and World Leaders to Begin Negotiations to Eliminate Nuclear Weapons Worldwide

May UN non-proliferation treaty review conference is focal point for international organizing

Washington, DC, Berlin, London, Paris, Tokyo - On today's seventh anniversary of the largest peace demonstration in world history—the historic February 15, 2003 mobilization against the US-led war on Iraq that saw 12 million people around the world march for peace-- an international network of more than 250 organizations publicly launched a campaign to press US President Barack Obama and other world leaders to initiate negotiations to abolish nuclear weapons worldwide.

The coalition, organizing under the banner "For Peace and Human Needs: Disarmament Now!" calls for negotiations on ridding the planet of the scourge of nuclear weapons to begin at or before the Nuclear Non-Proliferation Treaty Review Conference (NPT RevCon) at the United Nations in New York City this May. (See http://www.peaceandjusticenow.org.)

"Representatives of the world's governments will gather at the UN for nearly a month, to strengthen the global non-proliferation regime," said Dr. Joseph Gerson of the American Friends Service Committee (AFSC). He continued, "While President Obama has raised hopes with important speeches calling for a world free of nuclear weapons, we have been disappointed that negotiations for arms reductions with Russia are going slowly, the US Senate is not moving to ratify important treaties like the Comprehensive Test Ban Treaty, and that Obama's budget calls for a major increase in funding to 'modernize' the US nuclear weapons complex."

"Some 2,000 Japanese citizens, including more than 100 Hibakusha [A- and H- bomb survivors] will come to N.Y. to join the US citizens in action" said Hiroshi Taka, General Secretary of the Japan Council against A- and H- Bombs (Gensuikyo). "Having lived with agonies in both mind and body, the Hibakusha carry a message to Government leaders and the citizens the world over, that there should never be another Hiroshima or Nagasaki anywhere on earth, and that nuclear weapons should be totally banned and abolished."

Speaking for German and European movements, Reiner Braun of the International Network of Engineers and Scientists said" We are organizing because we urgently need concerned people the world over to demand an end to politics as usual. We must demand that the nuclear powers fulfill their NPT Article VI obligation to commence negotiations to completely eliminate their nuclear arsenals. The time is now to start negotiations to ban nuclear weapons, and to turn away from militarism and toward human and environmental security."

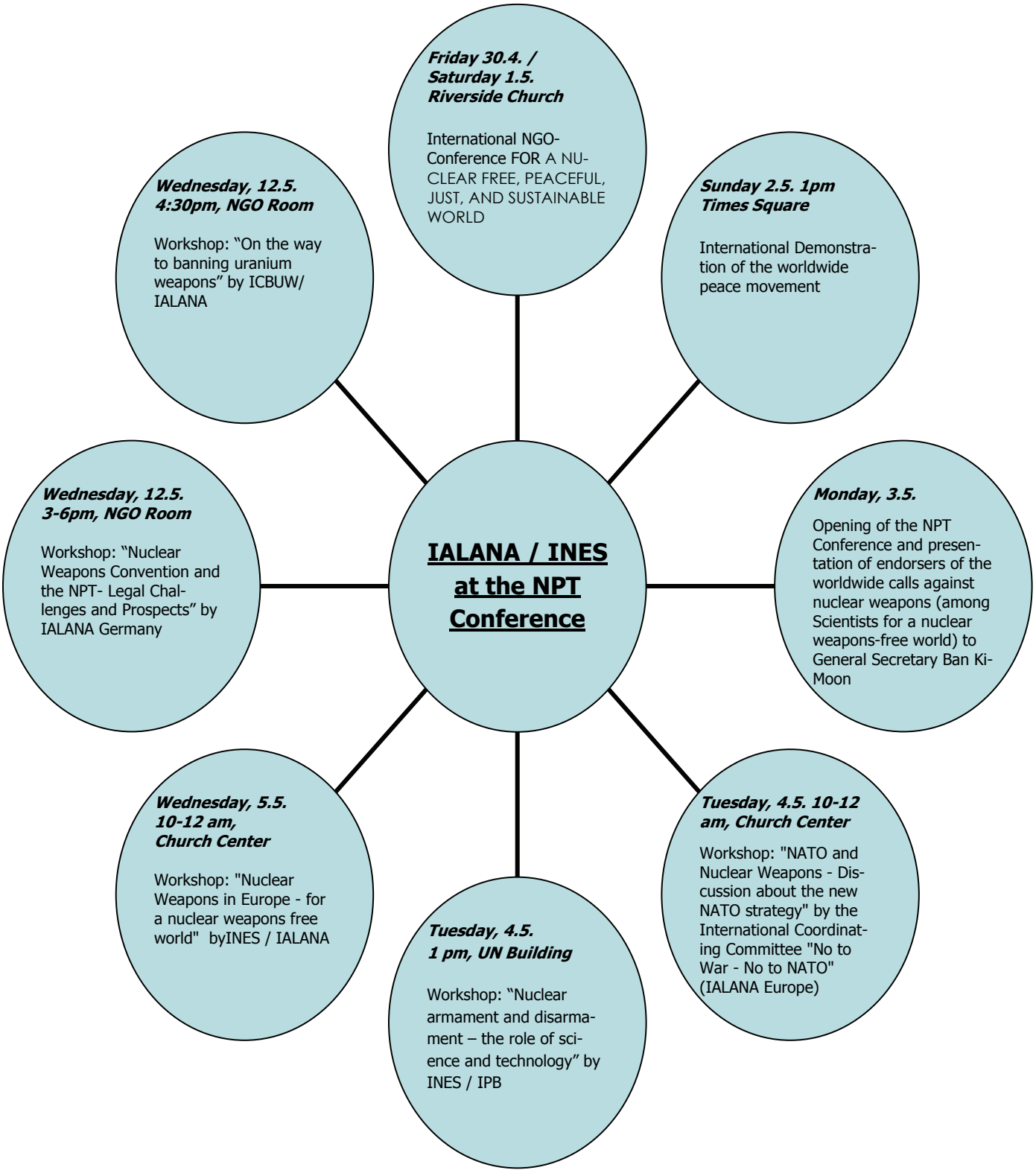
An international planning committee made up of peace, disarmament and social justice organizations from Japan, Britain, France, Germany and the US is coordinating many events around the NPT RevCon to show international grassroots support for nuclear disarmament, ending the wars in Iraq and Afghanistan, and cutting global military spending in order to fund human needs and environmental restoration.

"An international petition campaign calling for the abolition of nuclear weapons, initiated by Japanese peace groups in August 2008, will pick up steam between now and the NPT RevCon," said Judith LeBlanc of Peace Action Education Fund. Activists from across the world will deliver millions of petition signatures to world leaders during the first week of the NPT RevCon, which convenes May 3, and will be delivering the U.S. petitions to the White House before the RevCon begins.

Days before the NPT RevCon begins, on April 30 and May 1, an international educational and organizing conference on peace, disarmament, social justice and environmental issue will be held at Manhattan's historic Riverside Church and surrounding venues, with more than 1,000 people expected to attend. Sunday, May 2 will be the International Day of Action for a Nuclear Free World. Tens of thousands of people – including nuclear weapons victims from Japan and other nations, and Japanese peace activists, will march across mid-town Manhattan for a peace march, rally and festival that will conclude near the U.N. Parallel events will be held in many European and Asian nations.

For more information on the campaign and its various activities, please see peaceandjusticenow.org. For additional information about the NPT and the RevCon see www.reachingcriticalwill.org/legal/npt/2010index.html.

The event program of IALANA / INES during the NPT Conference in New York City, 29 April - 25 May 2010



Freitag:

Kultur des Friedens - Wege zu einem friedlichen Miteinander in der Welt der Globalisierung
Gesprächsrunde mit:
Andreas Buro I Antonia Kühn I Achim Schmitz-Forte

Samstag:

Die atomare Bedrohung und Möglichkeiten zu deren Eindämmung
Fachforen, Fachvorträge, Diskussionen mit:
Bischof Heinz-Josef Algermissen I Reiner Braun I Peter Bürger I Dr. Angelika Claußen I Regina Hagen I Xanthe Hall I Paul Lansu I Prof. Dr. Mohssen Massarat I Otfried Nassauer I Prof. Dr. Götz Neuneck I Dr. Sebastian Pflugbeil I Prof. Dr. Werner Ruf I Dr. Hermann Scheer I Horst Schmidthenner I Thomas Carl Schwoerer I Andreas Zumach und weitere Expertinnen und Experten

Deutsche Abrüstungsinitiativen
Podiumsdiskussion mit Abgeordenten des Deutschen Bundestages

Internationale Abschlussveranstaltung
Der atomaren Bedrohung entgegen – Atomwaffen abschaffen

Ausführliches Programm und Anmeldung unter www.friedenskultur2010.de

---

Buchankündigung

Das Buch zur gleichnamigen, erfolgreichen Konferenz:

Frieden durch Recht – Was kann Recht zum Frieden beitragen?

Peter Becker, Reiner Braun, Dieter Deiseroth (Hrsg.)

Berliner Wissenschaftsverlag,
Erscheinungsdatum vorauss.
1. Mai 2010
ca. 300 Seiten, EUR 35,00

Bestellen Sie dieses Buch bis zum 1.5.2010 zu einem Sonderpreis von EUR 20,00 vor.

Gerne nehmen wir Ihre Bestellung unter info@ialana.de entgegen.

Workshop: „Auf dem Weg zur Ächtung von Uranwaffen"

Die Bemühungen zum Verbot von Uranwaffen stellen bereits seit Jahren eine große Herausforderung für die Abrüstungsbewegung dar und werden politisch immer noch sehr kontrovers diskutiert.

Die **ICBUW** (Int. Coalition to Ban Uranium Weapons) führt, in Zusammenarbeit mit der **IALANA** (Int. Association of Lawyers Against Nuclear Arms) und **IPPNW** (Int. Physicians for the Prevention of Nuclear War), einen Workshop ihrer gemeinsamem Kampagne zum Verbot von Uranwaffen durch. Dieser Workshop soll einerseits über den aktuellen Stand der Kampagne mit Fokus auf Deutschland informieren und anderseits zur Vorbereitung eines deutschen Netzwerks dienen.

Der Workshop wird am **16. und 17. April 2010** in der **Humboldt-Universität zu Berlin** stattfinden.

Der **vorläufiger Ablaufplan** gestaltet sich wie folgt:

Freitag, 16.04.2010

Begrüßung/Moderation (*Alexander Stöcker*)
18.00 – 18.10 Uhr

Vortrag zum aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse (*Dr. Angelika Claussen*)
18.10 – 18.40 Uhr

Vortrag zur Rolle der Medien (*Frieder Wagner*)
18.40 – 19.00 Uhr

Vortrag zu rechtlich-politischen Fragen und zum Stand der Kampagne (*Prof. Dr. Manfred Mohr*)
19.00 – 19.30 Uhr

Allgemeine Diskussion
19.30 – 20.30 Uhr

Abschluss (*Prof. Dr. Manfred Mohr*)
20.30 Uhr

Samstag, 17.04.2010

Vorstellung der Gruppen/Teilnehmer
10.00 – 10.30 Uhr

Vorstellung eines Konzepts für ein Netzwerk und einer gemeinsamen Resolution (*Prof. Dr. Manfred Mohr*)
10.30 – 11.00 Uhr

Diskussion und Änderungsvorschläge (*Mod.: Alexander Stöcker*)
11.00 – 12.00 Uhr

Resümee und Abstimmung über Resolution
12.00 – 12.15 Uhr

Informationen zu den Referenten:

Prof. Dr. Manfred Mohr ist Völkerrechtler und Vorstandsmitglied der ICBUW sowie Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der IALANA

Dr. med. Angelika Claussen ist niedergelassene Ärztin und Vorsitzende der IPPNW

Frieder Wagner ist freier Journalist/Filmemacher und Regisseur des Dokumentarfilms „Todesstaub"

Alexander Stöcker ist Initiator einer Ausstellung zum Thema und koordiniert die Vernetzung der Anti-DU Kampagne

Für weitere **Informationen** stehen Ihnen zur Verfügung:

Prof. Dr. Manfred Mohr (mohrm@gmx.net, 0152/579 535 18)

Alexander Stöcker (alexmlb26@aol.com, 0176/624 999 37)

www.bandepleteduranium.org

ICBUW International Coalition to Ban Uranium Weapons

IALANA

INES Statement aus Anlass der Afghanistan Konferenz in London am 28. Januar 2010

Afghanistan: Krieg ist keine Antwort – Mehr Truppen bedeuten mehr Krieg

Die Entscheidung des US Präsidenten Obama 30.000 mehr Truppen nach Afghanistan zu entsenden ist Teil eines umfassenderen Trends der eskalierenden Gewalt in einem Land, welches als Friedhof der Supermächte bekannt ist.

Die Entscheidung zur Truppenaufstockung der US und NATO Streitkräfte um mehr als 50% wird die Gesamtzahl der westlichen Streitkräfte auf circa 150.000 katapultieren. Die UdSSR hatte in ihrem missglückten Krieg in den 1980ern ungefähr genauso viele Soldaten in Afghanistan stationiert. Die Invasion und Besetzung der USA im Irak sowie der Krieg der NATO in Afghanistan haben gezeigt, dass wahre Stabilität und Demokratie nicht durch Gewalt auferzwungen werden kann. Stattdessen wird sich der Krieg auf benachbarte Länder ausdehnen, allem voran nach Pakistan.

Die Entsendung größerer US und NATO-Truppenkontingente nach Afghanistan wird zu einem Anstieg gefallener Soldaten führen. In dem Krieg in Afghanistan verloren bisher fast 1000 Soldaten der USA und mehr als 500 Soldaten der NATO Staaten ihr Leben. Des Weiteren beeinflusst dieser Krieg unzählige andere durch wiederholte Entsendung ins Kriegsgebiet, schwerwiegende Verletzungen und post traumatischen Stress.

Die Entsendung größerer US und NATO- Truppenkontingente nach Afghanistan wird zu einem Anstieg der zivilen afghanischen Opfer führen. Schätzungen zufolge vielen dem Krieg seit seinem Beginn 2001 zwischen 12.000 und 32.000 Zivilisten zum Opfer. Mehr als 200.000 AfghanInnen verloren ihr Zuhause und wurden vertrieben. Mehr US Truppen führen wahrscheinlich zu mehr zivilen Opfern, Verletzen und Vertriebenen.

Die Entsendung von mehr US und NATO- Soldaten wird einen Anstieg der Extremisten zur Folge haben. Ein Bericht des US Geheimdiensts aus dem Frühjahr 2009 schätzte, dass nur ein Zehntel der gegnerischen Kämpfer in Afghanistan ideologisch motivierte Taliban seien; die große Mehrzahl der Gegner kämpfe gegen ausländische Besetzer oder aus finanziellen Gründen. Die Fortführung des Krieges wird Bedingungen schaffen, die al-Qaida's Rekrutierung von anderen extremistischen Gruppen fördern. Zivile Opfer, unzählige Vertreibungen und Verschleppungen sowie die Zerstörung von Privateigentum werden nur mehr Extremisten kreieren. Die Fortsetzung des Krieges und vor allem das drastische Steigen ziviler Opfer werden zu größerem Hass und Gewalt führen.

Die Entsendung größerer US und NATO- Truppenkontingente nach Afghanistan wird zu höheren finanziellen Belastungen führen. Es wird geschätzt, dass ein einzelner in Afghanistan stationierter Soldat eine Millionen US-Dollar kostet. Das National Priorities Project schätzt, dass sich die Gesamtkosten der USA für den Krieg in Afghanistan für das Jahr 2010 auf 325 Milliarden US-Dollar belaufen werden. Gerade in einer Phase hoher Arbeitslosigkeit, ökonomischen Problemen sowie einem massiven Haushaltsloch in den USA sind solche Ausgaben nicht zu verantworten. Auch Europa strauchelt aufgrund der Finanzkrise; finanzielle Mittel werden dringend für die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie Wirtschaftswachstum benötigt.

Die Entsendung größerer US und NATO- Truppenkontingente nach Afghanistan bedeutet eine steigende Militarisierung der Gesellschaft, eine Abnahme an Demokratie in den beteiligten Staaten und die Stärkung des autoritären Potentials in vielen Ländern.

Schlussfolgerung und Empfehlungen

Krieg löst kein Problem. Nur der Abzug der US und NATO- Truppen wird Afghanistan Frieden bringen. Ausländische Truppen sind Teil des Problems – nicht Teil der Lösung. Sie bringen keinen Frieden, sondern verstärken die Probleme. Das Militär ist für die Lösung der Probleme in Afghanistan das falsche Instrument, ähnlich wie eine Kettensäge anstelle eines Skalpells das falsche Instrument einer Operation ist. Der effektivste Weg mit extremistischen Gruppen wie al-Qaida umzugehen wird beschritten durch internationale Kooperation der Geheimdienste sowie durch die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit. Nur die Beseitigung von Hunger, Armut und Ausbeutung mit einer gleichzeitigen Einführung gerechter Strukturen wird den Terroristen ihre gesellschaftliche Unterstützung nehmen. Eine Studie der RAND Corportation zeigt auf, dass in den letzten 40 Jahren nur 7% der terroristischen Gruppen durch militärische Mittel zerschlagen wurden.
Anhand der oben beschriebenen Gründe drängen wir den US-amerikanischen Kongress und die Parlamente der NATO-Mitgliedsstaaten, eine Truppenaufstockung in Afghanistan nicht zu unterstützten.

Die Londoner Konferenz sollte den Abzug aller ausländischen Truppen entscheiden.

Anstatt in Krieg zu investieren, sollten der US-amerikanische Kongress und die Parlamente der NATO- Mitgliedsstaaten beim Wiederaufbau der afghanischen In-

frastruktur helfen und die afghanische Bevölkerung durch den Aufbau von Institutionen sozialer Gerechtigkeit wie z.B. Schulen, Gerichte und Krankenhäuser unterstützen. Das Ansehen der Regierungen der USA und der NATO- Mitgliedsstaaten in Afghanistan und weltweit würde steigen, wenn sie 50% der derzeit aufgewendeten kriegerischen Mittel für diese konstruktiven Aufgaben verwenden würden. Diese Gelder sollten dezentralen und regional demokratisch legitimierten Strukturen zur Verfügung gestellt werden und zwar nachdem Neuwahlen eine Regierung die gegenüber ihrer Bevölkerung und nicht den Warlords verantwortlich ist. Nicht-Regierungsorganisationen sollten diesen Prozess begleiten und unterstützen.

Wir fordern die Vereinten Nationen dazu auf, ein neues und friedliches Mandat nach Kapitel VI der Charta der Vereinten Nationen zu beschließen. Die Afghanistan Konferenz ist ein Scheidepunkt – entweder hin zu einer mit dem Vietnam vergleichbaren Eskalation für die USA und NATO oder hin zu Frieden in Afghanistan nach 30 Jahren Krieg.

Deswegen bittet INES alle friedvollen Menschen der Welt und alle Bewegungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit: lasst uns für die Menschen in Afghanistan unsere Stimmen erheben; lasst uns „ja" sagen zu mehr ziviler Hilfe und keinen weiteren Truppen. Die Fortführung des Krieges wird nicht die Probleme der Armut, Ungerechtigkeit und mangelnden Führung in Afghanistan lösen.

Friedenskundgebung in Berlin

Hunderte Demonstranten aus ganz Deutschland haben in Berlin gegen den Einsatz der Bundeswehr und anderer Armeen in Afghanistan protestiert. Unter dem Aufruf "Kein Soldat mehr. Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan" fand eine Kundgebung auf dem Bebelplatz in Berlin-Mitte statt.

Kirchenkritiker Eugen Drewermann forderte ein sofortiges Ende des Militäreinsatzes. Afghanistan habe in 3000 Jahren seiner Geschichte kein einziges anderes Land angegriffen, so Drewermann.

Die Veranstalter, zu denen verschiedene Friedensinitiativen und die Linkspartei gehören, sprachen von bis zu 2000 Demonstranten.

Quelle: tagesschau.de, 20.02.2010

Geschäftsstelle:
Schützenstraße 6a
10117 Berlin
Tel.: (030) 20654857
Fax: (030) 20654858

E-Mail: info@ialana.de
Homepage: www.ialana.de

Bankverbindung:
Konto-Nr. 1000 668 083
BLZ 533 500 00
Sparkasse Marburg-Biedenkopf

Büro Marburg
Wilhelm-Roser-Straße 25
35037 Marburg
Postfach 1169
35001 Marburg

Als gemeinnützig anerkannt durch Bescheide des Finanzamtes vom 21.2.90, 8.9.93, 26.2.97, 19.07.02 u. 15.11.05, St.-Nr. 3125006329.